



## Stellungnahme

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek),  
Landesvertretung Nordrhein–Westfalen,

zum Antrag der FDP–Fraktion „Initiative für familienfreundliche Krankenhäuser in Nordrhein–Westfalen“ (Drucksache 15/1920) und

Sachverständigengespräch im Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration des Landtags NRW am 18. Januar 2012

## Grundsätzliche Anmerkungen

Die Ersatzkassen unterstützen das Anliegen, durch geeignete Konzepte und Initiativen die Familienfreundlichkeit der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser zu stärken. Dabei bieten die in dem Antrag der FDP genannten Beispiele des Marburger Bundes, des Bundesfamilienministeriums, der Stadt Hamm und der Deutschen Krankenhausgesellschaft wichtige Erkenntnisse und Anregungen, die in die NRW-spezifischen Überlegungen einfließen sollten.

Als weiteres Instrument für die Unternehmensführungen in den Krankenhäusern zur Stärkung der Familienfreundlichkeit ihrer Häuser verweisen die Ersatzkassen beispielhaft auf das „audit beruf und familie“ der Hertie-Stiftung. Dies ist ein strategisches Managementinstrument zur Optimierung einer familienbewussten Personalpolitik, das Arbeitgeber darin unterstützt, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Diese Auditierung ist in allen Branchen und Betriebsgrößen einsetzbar und erfolgt über die „berufundfamilie Service GmbH“ unter Einsatz von geschulten und autorisierten Auditoren (berufundfamilie Service GmbH, Friedrichstrasse 34, 60323 Frankfurt am Main; [www.beruf-und-familie.de](http://www.beruf-und-familie.de)).

## Personalpolitische Ebene

Die Ersatzkassen sind der Auffassung, dass die Stärkung der Familienfreundlichkeit zu den vorrangigen Aufgaben einer verantwortlichen Personalpolitik gehört, denen sich die Krankenhäuser als Arbeitgeber und Unternehmer stellen müssen. Das Unternehmen hat die Verantwortung für den Erhalt und Ausbau einer Arbeits- und Unternehmenskultur, die flexible Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsmodelle sowie möglicherweise auch Angebote zur Kinderbetreuung und weitere Familienserviceansätze enthält.

Der angedachte Ausbau der betriebsnahen oder betriebseigenen Kindertagesbetreuung ist vom Grundsatz her ebenfalls zu unterstützen, steht aber ebenso in der Verantwortung des Unternehmens Krankenhaus. Lösungen in diesem Bereich hängen demnach auch von den regionalen Strukturbedingungen und der Größe eines Krankenhauses ab. Sinnvoll sind hier auch mögliche Kooperationen mit anderen Unternehmen am Standort, die firmeneigene Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorhalten.

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Situation der Mehrzahl der Krankenhäuser in NRW stabil bis gut ist. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Krankenhausinstituts aus 2011 arbeiten mehr als zwei Drittel der Krankenhäuser mit Gewinn, wobei sogar zwei von drei Häusern ihren Gewinn steigern konnten. Daraus ist zu schließen, dass auch mögliche finanzielle Mittel zum Ausbau bestimmter personalpolitischer Instrumente in der Regel zur Verfügung stehen.

## Gesellschaftspolitische Ebene

Darüber hinaus muss nach Ansicht der Ersatzkassen das Land NRW den Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kitas vorantreiben. NRW hat mit einer Betreuungsquote von lediglich 15,9 Prozent der U3 den niedrigsten Wert bundesweit. Der Bedarf wird in NRW für die nächsten Jahre auf rund 30 Prozent geschätzt. Bis 2013 müsste demnach die derzeitige Anzahl von 100.000 Plätzen um 44.000 Plätze gesteigert werden. Dies ist eindeutig eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die von der Politik gestemmt werden muss und im Ergebnis auch den Krankenhäusern zu Gute käme.

Zu den politischen Aufgaben gehört es auch, eine entsprechende Anzahl an Studienplätzen im Bereich Medizin anzubieten, so dass perspektivisch weiterhin ausreichend Mediziner dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

## Personalstruktur und Unterstützung durch die Gesetzliche Krankenversicherung

Die Ersatzkassen weisen darauf hin, dass von den gesetzlichen Krankenkassen aktuell der Aufbau zusätzlicher Pflegestellen in den Krankenhäusern in NRW massiv unterstützt wird. So werden durch das bundesweite Pflegesonderprogramm in NRW über 2.400 zusätzliche Stellen durch die GKV im Pflegebereich finanziert. Dieser Ausbau gilt nur für die Jahre 2009 und 2010. Zusätzlich dürften in 2011 noch einmal mehr als 1.200 zusätzlich finanzierte Stellen in NRW hinzukommen. Dies entlastet die Situation der Pflegekräfte erheblich, und trägt ebenfalls zu einem besseren Arbeitsklima in den Krankenhäusern bei.

Auch werden derzeit insgesamt 21.000 Auszubildende in den Berufsgruppen Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflege(-hilfe), Hebammen, Diät- und technische Assistenten in der Medizin, Ergo- und Physiotherapie, Orthoptik (Schielheilkunde) und medizinisch-technische Laboratoriums-/ Radiologieassistenten werden an 293 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern ausgebildet. Um die Ausbildung zu finanzieren haben die Krankenkassen in NRW mit der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) auch für das Jahr 2012 einen Ausbildungszuschlag vereinbart. Die Krankenhäuser, die den Nachwuchs ausbilden, erhalten für das Jahr 2012 insgesamt 340 Millionen Euro von den Krankenkassen in NRW. Dadurch leisten die Krankenkassen einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Deckung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften im Krankenhaus.

Die Ersatzkassen nehmen selbstverständlich die Klagen von Beschäftigten im Pflegebereich ernst, die über steigende Belastungen klagen. Es ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass die Einführung des DRG-Systems seit 2003 einen starken Rückgang der Verweildauern im Krankenhaus bewirkte, so dass weniger Pflegepersonal erforderlich ist. In NRW sank die Verweildauer von 1995 bis 2010 von 12,6 auf 8 Tage, was einem Rückgang um 36,5 Prozent entspricht. Die Anzahl der Krankenhausbetten sank im selben Zeitraum um fast 20 Prozent. Somit war es den Krankenhausträgern möglich, durch Stationsschließungen oder -zusammenlegungen oder auch durch Verlagerung von Hilfstätigkeiten auf andere

Personalgruppen Pflegepersonal einzusparen, ohne dass mit qualitativen Defiziten in der Patientenversorgung gerechnet werden musste.

Die Ersatzkassen weisen bezüglich des vermeintlichen Fachkräftemangels bei den Ärzten darauf hin, dass von 1995 bis 2010 die Anzahl der Ärzte in den NRW-Krankenhäusern um 8546 von 25.195 auf 33.741 angestiegen ist. Dies entspricht einer Steigerung um fast 34 Prozent, und ist in erster Linie der gesetzlich verringerten Arbeitszeiten geschuldet. Nach unserer Auffassung stellt die derzeit ausgewiesene Zahl an offenen Ärztstellen in den Krankenhäusern nicht automatisch ein Versorgungsproblem dar. Vor allem die Spezialisierung der Fachabteilungen auch kleiner Krankenhäuser schafft einen Arztbedarf, ohne dass dem immer ein entsprechender Versorgungsbedarf gegenübersteht. Dies ist ein Problem, das perspektivisch u.a. durch eine veränderte Krankenhausplanung gelöst werden kann und muss. So plädieren die Ersatzkassen dafür, dass durch die Krankenhausplanung vor allem kleinere Häuser stärker auf die Grundversorgung konzentriert werden und sich verstärkt arbeitsteilig aufstellen. Dies wird letztendlich auch dazu führen, dass Arbeitsorganisation flexibler und beschäftigtenfreundlicher gestaltet werden kann.

Bezogen auf die Arbeitszufriedenheit aller Beschäftigten im Krankenhaus und unter Berücksichtigung der sich stetig verändernden Arbeitsbedingungen weisen die Ersatzkassen auf die vielfältigen und qualifizierten Angebote der GKV zur betrieblichen Gesundheitsförderung hin. Diese ist ein geeignetes Mittel, auf die gesundheitlichen Beanspruchungen der Beschäftigten und veränderten psychischen Belastungen zum Beispiel durch den zunehmenden Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Zeitdruck, angemessen zu reagieren. Um die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Beschäftigten zu fördern, werden Arbeitsmittel, Arbeitsumgebung, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Sozialbeziehung, individuelle Anpassungen und unterstützendes Umfeld einbezogen. Die Krankenkassen halten hier entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote vor, auf die jedes Krankenhaus zugreifen kann.